



LEIHMUTTERSCHAFT

ETHISCHE

IMPLIKATIONEN UND

VORSCHLÄGE FÜR DIE

GESETZGEBUNG

JANUAR 2016

LEIHMUTTERSCHAFT BEDROHT DIE MENSCHENWÜRDE

Leihmutterschaft ist eine Praxis, die eine Reihe ernstzunehmender Probleme nach sich zieht:

Der Körper der Frau und ihre Organe werden ausgebeutet.

Das Kind wird zur Ware.

Arme Frauen und ihre Familien werden ausgebeutet.

Junge Frauen, die ihre Eizellen verkaufen, gefährden ihre Gesundheit und ihre Fruchtbarkeit.

Bei der Bekämpfung dieser Form von Ausbeutung gibt es nur eine Lösung, nämlich Verbot jedweder Form von Leihmutterschaft.

Leihmutterschaft und die Rolle des Europarates beim Schutz der Menschenwürde

2005 hatte FAFCE die Mitglieder des Europarates aufgefordert, Probleme, die mit Leihmutterschaft einhergehen und damit verbundene Einwände zu überdenkenⁱ.

Auch wenn der Kinderwunsch bei allen Menschen ganz natürlich ist, werden wir nicht müde darauf hinzuweisen, dass die Praxis der Leihmutterschaft eine Reihe ethischer Fragen aufwirft, die die **menschliche Würde** aller Beteiligten und die Würde der menschlichen Zeugung untergräbt. Im Folgenden werden wir diese Praxis und ihre Gefahren beschreiben, aber auch zur laufenden Debatte einen Beitrag leisten, indem wir einen Einblick geben in die bisher erfolgten Aktionen der Europäischen Institutionen und **mögliche künftige Wege aufzeigen**.

Die Praxis der Leihmutterschaft

Wie in einem Glossarⁱⁱ der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht (HCCH) beschrieben, gehen mit der Leihmutterschaftspraxis oft eine Reihe grenzüberschreitender Fragen und internationale Akteure einher. Involviert sind die Auftraggeber, ein oder zwei Personen, aus einem bestimmten Land und eine Leihmutter, die meist Staatsbürgerin eines anderen Landes ist (oder sich dort manchmal nur aufhält). Eine solche Konstellation kann aber auch bedeuten, dass Spender von Ei- oder Samenzellen in dem Land der Leihmutter leben (oder dort, wo sie sich gelegentlich aufhält) oder aus einem Drittstaat kommen. Von einem traditionellen Leihmutterschaftsarrangement sprechen wir, wenn die Leihmutter ihre eigenen Oozyten zur Verfügung stellt (d.h. ihre Eizellen, somit ist das Kind genetisch mit ihr verwandt) oder im Falle eines Schwangerschaftssurrogats, dann stellt die Leihmutter kein genetisches Material zur Verfügung. Normalerweise wird das Kind in beiden Fällen durch eine In-Vitro-Fertilisation (IVF) gezeugt, bei der man die Gameten der Auftraggeber – von einem oder keinem der Beiden – einsetzt oder im Falle der traditionellen Leihmutterschaft,



die Gameten der Leihmutter benutzt. Theoretisch können bis zu 7 Personen bei einem Leihmutterschaftsarrangement involviert sein, zählt man die Auftraggeber, die Leihmutter und ihren Mann, so sie verheiratet ist, und die beiden Gametenspender hinzu (drei im Falle einer mitochondrialen Spende, so-genannte „drei-Eltern-Embryos“, eine Praxis, die im Vereinigten Königreich vor Kurzem legalisiert wurde). Was nun die In-Vitro-Fertilisation betrifft, sollten wir uns in Erinnerung rufen, dass die IVF selbst eine Reihe von ethischen Fragen aufwirft, in erster Linie weil bei dieser Praxis menschliche Embryonen gezeugt und vernichtet werden.

„Bis zu 7 Personen können bei einem Leihmutterschaftsarrangement involviert sein.“

Die Folgen von Leihmutterschaftspraxis

Leihmutterschaftsarrangements, seien sie nun traditionell oder gestational, werden auch altruistisch oder profitorientiert (kommerziell) genannt. Auch das so-genannte altruistische Arrangement ist nie ganz kostenneutral, da die Leihmutter und/oder die Ärzte eine Aufwandsentschädigung erhalten für vor, während oder nach der Schwangerschaft entstandene Kosten: es ist unmöglich, eine Grenze zwischen einer altruistischen Leihmutterschaft und einem profitorientiertem Arrangement zu ziehen. Selbst wenn nur eine „angemessene Entschädigung“ quantifiziert wird, wie in den Rahmenverträgen einer „altruistischen“ Leihmutterschaft aufgeführt, fragt man sich, wie angemessene Ausgaben und die von der Leihmutter getragenen Risiken quantifiziert werden können? Wie kann das Adjektiv „angemessen“ definiert werden? Wie steht es um psychologische Bindungen, emotionalen Druck und finanziellen Anreiz, was die persönliche Freiheit einschränken könnte? Ist es legitim, den Körper anderer Menschen für die Erfüllung eigener Wünsche zu benutzen? Was ist

mit den emotionalen Banden, die sich während der neun-monatigen Schwangerschaft zwischen Baby und seiner Leihmutter entwickelt, das sie vertragsgemäß aufgeben muss? Dies ist nur eine kurze Auflistung der direkten Folgen der Leihmutterpraxis, ohne Missbrauch, ethische und psychologische Folgen für Mutter und Kind, das vorsätzlich von seiner Leihmutter getrennt und als Gegenstand behandelt wird, eine Ware, die man liefern oder gar verkaufen kann, in Betracht zu ziehen.

Leihmutterchaft sollte durch eine internationale Konvention geächtet werden

Die Praxis von Leihmutterchaft verbreitet sich in der ganzen Welt und bereitet einen schlüpfrigen Boden für das Recht auf ein Kindⁱⁱⁱ, ohne Respekt für Menschenrechte und ethische Grundprinzipien. Eine internationale Petition^{iv} mit mehr als 110,000 Unterschriften fordert den Europarat auf, sich klar für die Menschenrechte auszusprechen und für die Abschaffung von Leihmutterchaft auf internationaler Ebene zu sorgen. So verletzt Leihmutterchaft internationales und europäisches Recht, insbesondere **die Charta der Grundrechte der Europäischen Gemeinschaft (2000)^v, die Konvention der Kinderrechte (1989)^{vi} und das Protokoll zum Verkauf von Kindern (2000)^{vii}, die Konventionen zur Eliminierung jedweder Form von Diskriminierung von Frauen (1979)^{viii}, das Adoptionsrecht (1967 und 1993^{ix}), Recht zur Bekämpfung von Menschenhandel (2005^x) sowie Menschenrechte und Biomedizin (1997)^{xi}**. Wir als Verantwortliche dieser Kampagne fordern, *„dass der Schutz der Menschenrechte den neuen Bedrohungen neu angepasst werden muss. Europa muss an dieser Stelle für das universelle Verbot von Leihmutterchaft ein Exempel statuieren“*. Wie in einem Beitrag auf unserer Webseite^{xii} veröffentlicht, braucht es nur einen zusätzlichen Satz in Artikel 3 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, um das Prinzip **der Unveräußerlichkeit einer Person und die Nichtkommerzialisierung des menschlichen Körpers**

klarzustellen. Ein zusätzliches Protokoll zu der Internationalen Konvention für Kinderrechte oder eine besondere internationale Konvention zum Verbot von Leihmutterschaft könnten auch vorgeschlagen werden.

Die Rolle des Europarates

2005 beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, seine Arbeit zum Bericht „*Anerkennung und Kontrolle der Leihmutterschaft als Alternative zu Sterilität*“ nicht fortzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt kam der Ausschuss zu dem Schluss, dass „*man vorläufig nicht in der Lage sei, der Versammlung Vorschläge in dieser Angelegenheit zu unterbreiten*“^{xiii}. Dennoch folgten aber in den vergangenen Jahren Gerichtshöfe europaweit, insbesondere der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dem Trend, Leihmutterschaft zu erleichtern, in der Annahme dies geschehe angeblich im besten Interesse des Kindes. FAFCE ist der Meinung, dass es nicht im besten Interesse des Kindes ist, mittels einer Praxis auf die Welt zu kommen, die ganz bewusst dem Kind die Surrogatmutter entzieht, und dass es nicht im Interesse der Frau ist, für die Geburt eines Kindes anderer Leute benutzt zu werden. Vor dem Hintergrund der Probleme von Leihmutterschaftsarrangements sollte alles getan werden, um Paare und Einzelpersonen davon abzuhalten, auf diese Praxis zurückzugreifen. Es ist im ersten und besten Interesse des Kindes, nicht durch ein Leihmutterschaftsarrangement auf die Welt zu kommen, einem Arrangement, dem zumeist kommerzielle Überlegungen vorausgehen und das in jedem Fall das Kind seiner Leihmutter beraubt. **Um eine Verletzung der Menschenrechte zu verhindern, sollte der Europarat alles in seiner Macht stehende unternehmen, um die Menschenrechte von betroffenen Frauen und Kindern zu schützen.** FAFCE fordert die Mitglieder des Europarates auf, diese ernste Thematik in ihrer ganzen Tiefe und in der nötigen Zeit zu überdenken, um die Menschenwürde und die physische und mentale Unversehrtheit von Kindern, deren Identität

zerstört wird, und von Frauen, deren Freiheit oft eingeschränkt wird, zu schützen.

Die Rolle der Europäischen Gemeinschaft

Das Europäische Parlament hat die Praxis der Leihmutterschaft klar verurteilt, ohne zwischen einer „altruistischen“ oder „gewinnorientierten“ Leihmutterschaft zu unterscheiden. Am 5. April 2011 verabschiedete das EU-Parlament eine Resolution, mit der sie die Mitgliedsstaaten auffordert, *„das ernste Problem der Leihmutterschaft zu erkennen, das eine Ausbeutung des weiblichen Körpers und der weiblichen reproduktiven Organe darstellt^{xiv}“*. Die Resolution betont, *„dass Frauen und Kinder den gleichen Formen von Ausbeutung ausgesetzt sind, und dass beide zu Ware auf dem internationale reproduktiven Markt werden, dass diese neuen reproduktiven Arrangements den Menschenhandel von Frauen und Kindern und illegale Adoptionen jenseits nationaler Grenzen steigern würden^{xv}“*.

Unlängst *verurteilt* der Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt 2014 und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich, wie von der Europäischen Vollversammlung am 30. November 2015 verabschiedet, *„die Praxis der Leihmutterschaft, die die Menschenwürde der Frau untergräbt, da ihr Körper und ihre reproduktiven Funktionen als Ware benutzt werden; man sei der Meinung, dass die Praxis der Leihmutterschaft, die eben die reproduktive Ausbeutung und Benutzung des menschlichen Körpers für finanziellen oder anderen Gewinn darstellt, besonders im Falle der ungeschützten Frau in Entwicklungsländern, verboten und als dringliche Angelegenheit in den Menschenrechtsinstrumenten^{xvi} behandelt werden solle“*.

FAFCE hofft, dass alle europäischen Institutionen dem eingeschlagenen Pfad folgen werden. Und in der Tat könnte diese Resolution der Anfang einer proaktiven EU-Aktion für die Menschenrechte in diesem Bereich sein: die EU könnte einen

Beitrag leisten bei der Ausarbeitung einer internationalen Konvention bei Aspekten im Internationalem Privatrecht zur Handhabung grenzüberschreitender Leihmutterschaftspraxis in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten und dem Europarat, um den Missbrauch von Menschenrechten bei Mutter und Kind zu verhindern. Aus den gleichen Gründen wie die Europäische Parlamentsgeneraldirektion für interne Politikbereiche in ihrem Bericht im Jahr 2010^{xvii} vorgeschlagen hatte, könnte die EU positiv hinwirken auf die Arbeit der Haager Konferenz für internationales Privatrecht^{xviii}. Ein Verbot und eine starke Abschreckung dieser Praxis sollten von allen Mitgliedsstaaten ausgehen, um den reproduktiven Tourismus einzuschränken, der auch den Menschenhandel und die Ausbeutung ohne Respekt der Menschenwürde befeuert.

ⁱ Memo zum vorläufigen Berichtsentwurf AS/Soc (2005) 9 revidiert, 6. Juni 2005

ⁱⁱ HCCH, Vorläufiges Dok. No.3 B, März 2014, Anhang A

ⁱⁱⁱ Rocío Franch Oviedo, Surrogacy: The slippery slope towards ‘the right to a child’,

http://fafce.org/index.php?option=com_content&view=article&id=252:surrogacy-the-slippery-slope-towards-the-right-to-a-child&catid=53&Itemid=234&lang=en (21/01/2016)

^{iv} No Maternity Traffic, http://www.nomaternitytraffic.eu/worldpress/?lang_en (21/01/2016)

^v CF. Artikel 1 und 3

^{vi} Cf. Artikel 7 und 3

^{vii} Cf. Artikel 2

^{viii} Cf. Artikel 6

^{ix} Cf. Artikel 4 (c) (3)

^x Cf. Art. 4; cf. Auch das Palermo Protokoll (2000), Art. 3 und Richtlinie 2011/36/EC zur Verhinderung und Bekämpfung von Menschenhandel und Schutz der Opfer (2011), Art. 2

^{xi} Cf. Art.21

^{xii} Jean Paillot, What European Perspectives for Surrogacy?,

http://fafce.org/index.php?option=com_content&view=article&id=175:what-european-perspectives-for-surrogacy&catid=53&Itemid=234&lang=en (21/01/2016)

^{xiii} Europarat, Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie, Surrogate Motherhood: Social Affairs Committee not to go ahead with report, <http://assembly.coe.int/nw/xml/News/News-View-EN.asp?newsid=846&lang=2&cat=>

^{xiv} Resolution des EU-Parlamentes vom 5. April 2011 zu den Prioritäten und Entwurf eines neuen EU-Politikrahmens, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0127+0+DOC+XML+V0//EN> (21/01/2016), §20

^{xv} Ibidem, §21

^{xvi} Resolution des EU-Parlamentes vom 12. März 2015 zum Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt 2013 und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich,

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P8-TA-2015-0076&language=EN&ring=A8-2015-0023> (21/01/2016), §115

^{xvii} European Parliament’s Directorate-General for Internal Policies, Recognition of parental responsibility: biological parenthood v. Legal parenthood, i.e. mutual recognition of surrogacy agreements: What is the current situation in the MS? Need for EU action?, Oct. 2010, [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2010/432738/IPOL-JURI_NT\(2010\)432738_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2010/432738/IPOL-JURI_NT(2010)432738_EN.pdf) (21/01/2016), S.30

^{xviii} HCCH, The private international law issues surrounding the status of children, including issues arising from international surrogacy arrangements, <http://www.hcch.net/en/projects/legislative-projects/parentage-surrogacy> (21/01/2016).



FAFCE

*FEDERATION DES ASSOCIATIONS
FAMILIALES CATHOLIQUES EN EUROPE*

*FÖDERATION DER KATHOLISCHEN
FAMILIENVERÄNDE IN EUROPA*

*FEDERATION OF CATHOLIC FAMILY
ASSOCIATIONS IN EUROPE*

Die Föderation der katholischen Familienverbände in Europa (FAFCE) wurde 1997 gegründet. Sie ist eine vom Europarat anerkannte Nicht-Regierungsorganisation mit partizipatorischem Status.

www.fafce.org | info@fafce.org